

# Bresener Zeitung.

Siebenundseitigster Jahrgang.

Annoncen  
Annahme-Bureau:  
In Bremen  
auch in der Republik  
bei Gräflich (C. H. Ulrich & Co.)  
Brauerei 14;  
in Cuxhaven  
bei Herrn Th. Spindler,  
Wort- u. Friedr. G. E.  
in Stadt bei Herrn L. Strelitz;  
in Frankfurt a. M.;  
C. J. Bonde & Co.

Jr. 461.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bremen 1½ Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sch. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 6. Juli.  
Erscheint täglich drei Mal.)

Annahme-Bureau:  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen,  
Lindau, Basel;  
in Berlin, Dresden,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,  
Wien u. Basel;  
Haasestein & Vogel;  
in Berlin;  
J. Schreyer, Schlossplatz;  
in Dresden: Emil Röder.

1874.

Zeitate 2 Sch. die schriftgestaltete Seite oder deren Raum, Postkarten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

## Amtliches.

Berlin, 4. Juli. Der König hat den Vicepräsidenten des Obergerichts in Stade, Obergerichts-Direktor Schaefer unter Bezeugung d. s. Titels "Ober-Gerichts-Direktor" zum Präsidenten des Obergerichts in Verden ernannt.

Der bish. 1. Landbaumeister Wilhelm Haeger zu Berlin ist zum 1. Bau-Inspektor ernannt und demselben die Stelle eines folgenden bei der 1. Ministerial-Baukommission hier selbst verliehen, der bish. Baumeister Eduard Haeseler in Berlin zum 1. Landbaumeister ernannt und demselben die Stelle des zweiten technischen Hilfsarbeitors bei der bish. 1. Ministerial-Baukommission verliehen worden.

Dem Gymnas.-Oberlehrer Dr. W. Tell in Nordhausen ist das Prädikat "Professor" beigelegt, die Wahl des Dr. Joh. Becker zum Rektor des Progymnasiums in Schlawe genehmigt, dem Oberlehrer Dr. Richard Großer am Gymnasium in Barmen das Prädikat "Professor" beigelegt worden.

Der Herrenmeister des Johanniter-Ordens, Prinz Karl von Preußen, hat u. A. dem General der Inf. und Gouverneur von Bremen Karl Friedrich Wilhelm Freiherrn v. Wrangel und dem Landrat Friedrich Wilhelm Leonhard v. Massenbach zu Braunschweig am 24. vorigen Monats in der Johanniter-Ordens-Kirche zu Sonnenburg den Ritterschlag und die Investitur ertheilt.

## Telegraphische Nachrichten.

Brest, 4. Juli. Im Finanzausschusse des Abgeordnetenhauses erstattete Graf Bischke Bericht über die Unterhandlungen mit der Staatsbahn, und mache die Mitteilung, daß bezüglich der Differentialtarife auf der Linie Marchegg-Bodenbach die Gesellschaft auf ihrem früheren Standpunkt beharre, wovon sie schon wegen der Kartellverträge mit den übrigen Gesellschaften nicht abstehen könne. Der Finanzminister erklärte ferner, er werde aus der Annahme dieser Proposition eine Kabinetsfrage machen, womit der Finanzausschuss einverstanden war.

Genf, 5. Juli. Der Regierungsrath hat den Rekurs des Administrationsrathes der Stadt Genf gegen die Zahlung der Steuer für die braunschweigische Erbschaft abgelehnt.

Paris, 4. Juli. Das legitimistische Journal "Union" ist auf 14 Tage suspendiert worden wegen eines Artikels über die Revue vom 28. v. M. sowie wegen Veröffentlichung des Manifestes des Grafen v. Chambord, da dasselbe die dem Maréchal Mac Mahon durch das Gesetz vom 20. November übertragene Gewalten im Wesentlichen in Abrede stellte. Mehrere Journale bezeichnen das Manifest des Grafen v. Chambord als das Testament der Monarchie und sprechen die Ansicht aus, daß dasselbe nur die Wirkung haben werde, dem Antrage Casimir Perier's neue Anhänger zu verschaffen.

Paris, 5. Juli. Die Morgenblätter heben bei Besprechung des Chambord'schen Manifestes durchweg hervor, daß in demselben der Fahnenfrage, die die wichtigste sei, keine Erwähnung geschehen. Die "Débats" meinen, daß Schweigen des Grafen Chambord über die Fahne beweise, daß derselbe in diesem Punkte unerschütterlich sei. In Folge dessen werde von dem jetzigen Manifeste so wenig ein Erfolg zu erwarten sein, wie von dem Briefe des Grafen Chambord im vorigen Oktober. Eine monarchische Restauration sei durch das Chambord'sche Manifest definitiv unmöglich gemacht. Auch andere Blätter, namentlich die republikanischen, äußern sich in dem nämlichen Sinne. Der bonapartistische "Constitutionnel" veröffentlicht einen sehr heftigen Artikel gegen das Manifest, in welchem verlangt wird, daß die Regierung gegen das Journal "Union" wegen Publikation auf rührerischer Urkunden gerichtliche Verfolgung eintreten lasse. Der orléanistische "Socil" drückt das Dokument ohne jede Bemerkung ab.

Versailles, 5. Juli. Nationalversammlung. Gestern richtete Lucien Brun an die Regierung die Auffrage, ob die Suspension des Journals "Union" wegen der Veröffentlichung des Manifestes des Grafen von Chambord erfolgt sei. Der Minister des Innern, Touroult, erwiderte, der Suspension des genannten Journals liege ein vopoldes Motiv zu Grunde, die fortwährenden Angriffe desselben auf die Regierungsgewalten des Marschalls Mac Mahon und die Publikation des Chambord'schen Manifestes. Die Regierung habe ungern diese Maßregel ergriffen, aber indem sie sich über die Parteien stelle,

habe sie ihre Pflicht am besten zu erfüllen geglaubt, wenn sie verlange, daß die gesetzlichen Bestimmungen, welche die Nationalversammlung am 20. November v. J. in Betreff der Regierungsgewalt des Marschalls Mac Mahon angenommen habe, in vollem Maße respektirt würden. Der Minister fügt hinzu, der Marschall-Präsident werde stets die Erfüllung des gesetzlichen Zustandes und die Wohlfahrt des Vaterlandes allem Anderen voranstellen. Lucien Brun erklärt, daß er durch die Beantwortung seiner Anfrage seitens des Ministers nicht zufrieden gestellt sei und meldet eine weitere Interpellation an, deren Diskussion auf nächsten Dienstag festgesetzt wird. — Hierauf wurde die Beratung des Municipalwahlgesetzes ohne weiteren Zwischenfall fortgesetzt. Der Antrag der Linken, die Dauer des Aufenthaltes an einem Orte zur Erlangung der Wahlberechtigung auf 1 Jahr festzusetzen, wird verworfen. Wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, wird die Nationalversammlung wahrscheinlich eine zweijährige Bezeichnung des Aufenthalts genehmigen, da die Kommission auf die Forderung eines dreijährigen Aufenthalts verzichtet hat.

Madrid, 4. Juli. In den Quecksilberminen von Almaden haben etwa 300 Arbeiter einen Aufruhr angezettelt; der Inspektor ist dabei getötet und ein Bergingenieur verwundet worden. — Durch die bevorstehende neue Aushebung aus der Reserve soll die spanische Armee auf die Stärke von 200,000 Mann gebracht werden.

Santander, 5. Juli. Nach hier eingegangenen Nachrichten wäre eine Wiederaufnahme der Kriegsoperationen durch die Regie-

lungstruppen in Navarra vor 14 Tagen kaum wahrscheinlich. Die Garnison von Bilbao ist durch die an die Nordarmee abgegebenen Verstärkungen sehr geschwächt und sind die außerhalb der Stadt befindlichen Stellungen deshalb aufgegeben worden. Die Carlisten haben darauf das Thal Atxa und den Monte Abril sofort besetzt, auch Posten nach dem Nervion vorgeschoben. — Anderweitiger Meldung folge hatte sich nur ein Trupp von einigen hundert Carlisten aus Biscaya und Alava gegen Bilbao in Bewegung gesetzt. — Die Regierung, heißt es, hätte beschlossen, einen neuen Theil der Reserve unter die Waffen zu rufen. — Don Carlos und die Herzogin von Madrid haben ihre Residenz in Tolosa aufgeschlagen.

London, 5. Juli. Gestern hat in Wrexham (Wales) eine große Versammlung von Bergleuten stattgefunden, bei welcher das Parlamentsmitglied Butt das System der Trade-Unions vertheidigte und dabei ausführte, daß dasselbe bald zu einem kooperativen Arbeitssystem umgebildet werden würde. Letzteres könnte allein zu einer befriedigenden Lösung der Arbeiterfrage führen. Butt schloß mit der Versicherung, daß die Genossenschaften das barbarische System der Strikes durchaus nicht ermutigen, sondern vielmehr Vereinbarungen auf Grund schiedsrichtlicher Urtheile vorzügen.

Sandown, 5. Juli. Der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen und die Frau Kronprinzessin haben gestern zu Wagen einen Ausflug nach Ventnor und Bonchurch gemacht.

Rhede, 4. Juli. Das deutsche Geschwader ist von hier nach Lissabon abgegangen.

Belgrad, 4. Juli. Die serbische Regierung hat gestern den fälligen Tribut an den Delegierten der Porte ausgezahlt. — Der neu ernannte Vertreter Frankreichs, Debains, ist hier eingetroffen und wird morgen dem Fürsten sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 6. Juli.

— Ueber die neuliche Anwesenheit des Kaisers in Neuwied berichtet die dortige Zeitung:

Bei der (am 1. Juli) im fürstlichen Schlosse stattgehabten Taufe des zweiten Prinzen zu Wied, welcher die Vornamen Wilhelm Alexander Friedrich Karl Hermann erhielt, hielt der Kaiser selbst das Kind über der Taufe. Derselbe war umgeben von seiner Gemahlin und seiner Schwester, der Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg. Nach der Handlung fand ein größeres Dejeuner statt, an welchem anfäng der fürstlichen Familie zu Wied eine große Anzahl von Fürstlichkeiten und die Spitzen der Geistlichkeit, der Militär- und Zivilbehörden Theil nahmen. Se. Majestät erfreute sich des ausgezeichneten Wohlbeins und bewegte sich im Kreise seiner Familie und der Gäste mit großer Freundlichkeit. Etwa 20 Kriegervereine hatten sich von nah und fern am geschmückten rechts-rheinischen Bahnhof eingefunden, um den geliebten kaiserlichen Herrn zu begrüßen, welcher sich durch die reich dekorierten Straßen der Stadt unter Glockenglätt und Kanonenröhren nach dem Schloss begab.

Über die Ankunft der kronprinzipialen Herrschaften in Rhede wird folgendes Nähere gemeldet:

Bei der Ankunft des kronprinzipialen Geschwaders flaggten sämtliche Schiffe von Spithead und Portsmouth, während die Garnisonbatterien und die englischen Kriegsschiffe Salven zur Begrüßung abschütteten. Der deutsche Botschafter Graf Münster hatte sich Mittags an Bord der Admiralsfähre "Hire Queen" nach Rhede begeben, wo er mit dem deutschen Botschafter und den Zivil- und Militärbehörden das kronprinzipiale Paar bei dessen Eintritt begrüßte. Das 42. hochländische Black Watch-Regiment war als Ehrenwache aufgestellt. Bei der Landung feuerten die Schiffe und die Strandbatterien wiederholte Salven ab. Die Einwohner von Rhede begrüßten das kronprinzipiale Paar auf das Enthusiastischste. Der Bürgermeister von Rhede überab dem Kronprinzen eine Adresse, auf welche derselbe dankend antwortete. Hierauf inspirierte der Kronprinz die Ehrenwache. Das kronprinzipiale Paar begab sich sodann mit dem Grafen Münster und dem Gefolge nach Sandown. Die Panzerschiffe "Kronprinz" und "Friedrich Karl", sowie die Korvette "Ariadne" segelten nach Plymouth zurück, während der "Albatross" und der Bremer Fischdampfer "Hohenwollern" vor Rhede blieben.

Unabhängig der Reise des Ministers des Innern nach Ems wird offiziös geschrieben:

Es wird bemerkt worden sein, daß derselbe seit dem Jahre 1870 alljährlich während des Aufenthalts des Kaisers daselbst dort einzutreffen pflegt. Es hängt diese Thatache mit dem Umstand zusammen, daß sich Graf Eulenburg im Jahre 1870 zur Zeit der verhängnisvollen Katastrophe Benedetti's in Ems befand, und daß der Kaiser in treuer Erinnerung an jenen folgerreichen Augenblick den Minister alljährlich dort an seiner Seite zu sehen wünscht.

— Auf Allerhöchsten Befehl geht der "N. A. B. B." folgendes zur Veröffentlichung zu:

Der durch mehrere Zeitungen gehenden Nachricht von einem nahe bevorstehenden Wechsel in den Generalkommandos des Garde-, 3. und 9. Korps gegenüber wird offiziös erklärt, daß dieselbe ohne jegliche Begründung ist und lediglich auf Erfindung beruht. Das Publikum, welches sich für militärische Nachrichten interessiert, wird gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß die Zeitungen niemals in der Lage sein können, von bevorstehenden Personal-Veränderungen in der Armee zu berichten, und daß man daher wohlthun wird, den Glauben an militärische Personal-Nachrichten auf solche zu beschränken, die offiziell bestätigt sind.

Ferner bringt die "N. A. B. B." folgendes Dementi:

Die "Nationalzeitung" hat von ihrem petersburger Korrespondenten eine — wie die geehrte Redaktion richtig bemerkt — eigenhändige Nachricht erhalten, wonür sie keinerlei Gewähr übernehmen will. "Danach wäre der vom 'Nord' in Brüssel veröffentlichte Entwurf einer internationalen Konvention über Gelege und Gebräuche beim Kriege nicht das Projekt der russischen, sondern vielmehr das der deutschen Regierung". Obwohl dem aufmerksamen

Beobachter der einleitenden Schritte, die dem projektierten brüsseler Kongress vorangegangen sind, die Art des Antheils, welchen Deutschland daran genommen hat, keinen Zweifel lassen konnte, daß die Ehre der Initiative nicht dem deutschen Reiche beizumessen ist, so gibt doch der Umstand, daß ein so achtungswertes Blatt jene petersburger Mitteilung überhaupt aufzunehmen, hinreichende Veranlassung, auf das Bestimmteste zu konstatiren, daß das im "Nord" abgedruckte Altenstück nicht deutscher Ursprungs ist.

— DRC. Wie wir hören, hat Fürst Bismarck während seiner letzten Anwesenheit auch der Plan des früheren Präsidenten des Reichseisenbahnamts auf Errichtung einer technischen Hochschule zur Ausbildung von höheren Eisenbahnbetriebsbeamten vorgelegen und die Zustimmung des Reichsministers gefunden, so daß demnächst im Reichseisenbahnamt der Entwurf für die Organisation eines derartigen Instituts ausgearbeitet werden wird. Das Institut soll den Namen Eisenbahn-Akademie führen und in dem Etat pro 1875 soll zur Erhaltung desselben eine Summe von 10,000 Thlr. ausgeworfen werden.

— Der frühere Berliner Polizeipräsident, jetzige Regierungspräsident v. Wurmb in Wiesbaden, hat einen längeren Urlaub erhalten. Wie die "Leipz. Btg." hört, soll derselbe beabsichtigen, in nächster Zeit seinen Abschied zu erbitten.

— Die Vergleichung des Kultusministers an die Bezirksregierungen, welche den letzteren zur Pflicht macht, nicht nur den bereits bestehenden gewerblichen Fortbildungsschule in eine eingehende Sorgfalt zu zuwenden, sondern auch zur Errichtung neuer Anstalten dieser Art in geeigneter Weise die Anregung zu geben und es als Ziel anzusehen, daß möglichst in allen gewerblichen Städten Fortbildungsschulen bestehen, ist durchaus nicht so aufzufassen, als ob damit die Frage des Unterrichts in Fortbildungsschulen gelöst sein sollte. Nach einer der "Bors. Btg." aus guter Quelle zugegangenen Mitteilung ist man vielmehr im Kultusministerium bestrebt, Mittel und Wege zu finden, um für die Entwicklung einer Einrichtung, welche für die allgemeine Volksbildung und Volkswohlfahrt von hoher Bedeutung ist, eine feste Basis zu schaffen. Gegenwärtig bestehen Fortbildungsschulen nur da, wo ein besonderes lautes Bedürfnis in ihrer Begründung veranlaßt gegeben hat, und ist ihre Einrichtung fast durchgängig auf Anregung und Kosten der Gemeinden, Corporationen, freier Vereine und Einzeln er erfolgt. Ihre Bestimmung nach unterscheiden sie sich in Nachhilfeschulen zur Wiederholung und Befestigung des Elementar-Unterrichtsstoffes, und in Handwerker- und gewerblichen Fortbildungsschulen. In Betreff der beiden letzteren Kategorien wird daran festgehalten, daß sie nicht speziell technische Fachschulen sind, sondern daß in ihren Unterrichtskreis auch Disziplinen der gehobenen Elementarschule, namentlich, soweit sie ethischen und vaterländischen Inhalts sind, gehören. Für den Besuch der Fortbildungsschulen kann nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ein allgemeiner Zwang nicht geltend gemacht werden. Der Unterricht in den letzteren wird sowohl an den Abenden der Wochentage, wie an Sonntagen außer der Zeit des Hauptgottesdienstes von Lehrern und sonst geeigneten Personen, theils unentgeltlich, theils gegen Bezahlung ertheilt.

— In ultramontanen Kreisen beabsichtigt man, das durch den Rücktritt des Herrn von Kesseler erledigte Landtagsmandat für den bonner Wahlkreis dem Chefredakteur der "Germania" Herrn Majunk zu übertragen. Letzterer hat in Folge drei verschiedener Verurtheilungen wegen Preßvergehen 17 Monate Gefängnishaft abzubüßen, die erste zweimonatliche Haft ist bereits am 30. Juni angebrochen; das dritte auf 12 Monate lautende Urtheil ist, wie telegraphisch gemeldet, jetzt in zweiter Instanz bestätigt. Durch die Wahl in den Landtag will man seine Haft möglichst weit hinausschieben und der Kirche einen freitreibenden Kämpfer während der Zeit der "größten Tribunal" erhalten. Verschiedene Zeitungen brachten am 30. Juni resp. 1. Juli die Nachricht, Majunk müsse sich im Gefängnisse zu Plötzensee mit gewöhnlicher Gefangenentlast begnügen. Diese Mitteilung beruht, der "Volks-Btg." auf, entweder auf einer irrthümlichen Mutmaßung oder auf der Absicht, sein Märtyrerthum ein wenig greller darzustellen. So viel dem genannten Blatte mitgetheilt wurde, genießen die Preßvergehen Büschen dort alle im Gefängnis möglichen Vergünstigungen, haben volle Selbst-Befreiung und werden mit größter Zuverlässigkeit behandelt.

— Heute fand in Pr. Stargardt der Verlauf der dem Bischof von Culm abgesändeten Sachen statt. Es waren wenig Käufer erschienen. Die einzigen Gegenstände wanderten in die verschiedensten Hände. Die gezahlten Preise waren angemessen. Ob die Höhe der Strafsumme erreicht, ist nicht bekannt. Der "Gef." meldet wiederholte, daß für den Bischof im dänischen Gerichtsgefängniß Bellen eingerichtet werden. Dieselben werden tapetiert, mit Öl farbe gefrichen und möbliert, ebenso die eisernen Gitter aus den Fenster-Defensuren befestigt und helle, freundliche Fenster hergestellt. Die Verhaftung des Bischofs scheint also nahe bevorstehend zu sein.

München, 4. Juli. Die "Augsb. Allg. Zeitung" meldet, der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen werde den in der Pfalz stattfindenden größeren Herbstübungen des zweiten bairischen Armeekorps bewohnen.

Würzburg, 2. Juli. Gestern endeten, wie bereits telegraphisch gemeldet, die zweitägigen Verhandlungen des Militär-Schwurgerichts in Sachen des von seinem Vorgesetzten mishandelt Soldaten Plattner mit der Freisprechung aller vier Angeklagten. Das "Frank. Journ." schreibt darüber:

Bon dem Premier-Lieutenant Furthmeier der 2. Eskadron des 1. Chevauxlegers-Regiments wurde zwar durch verschiedene Zeugen erwiesen (und er leugnete es auch nur Ansatz), daß er den an einer französischen Reibildung im Gehirn leidenden Soldaten, der desselben Dienst nicht gebrügig verrichten konnte und öfters ohnmächtig vom Pferde fiel, durch Schläge mit der Faust, dem Keitschuh und Säbel bis zu dessen Tode unbarmherzig mishandelt, als Plattner ohn-

mächtig auf der Wiese lag, den Befehl ertheilte, ihn zu überreiten, ihn vor der im Trab heimreitenden Eskadron zu Fuße herlaufen ließ, bis er ohnmächtig umfiel, ihn, als er im Steigbügel hängen blieb, schlug und beim Pferdeschwemmen untertauchen ließ u. s. w. Dies Alles wurde durch unverdächtige Augenzeugen bestätigt — nichtsdestoweniger ward Furtthmeier (dem sein vorgesetzter Oberst-Lieutenant v. Dertel das ehrendste Leumundszeugnis eidlich ausschaffte, trotzdem andern Tags dessen Strafbogen, der verlesen wurde, ein ganzer Sammelflurium aller möglichen Vergehen auswies) freigesprochen. Die Geschorenen nahmen wahrscheinlich an, daß er im guten Glauben, es mit einem Simulant zu thun zu haben, sich dieser drastischen Mittel bedient habe. Nachdem der Hauptschuldige Grafe vor seinen Standesgenossen gefunden, war unausbleiblich, daß auch der minder schuldige Second-Lieutenant Frhr. v. Gendorf und die Unteroffiziere Hartung und Breunig, die nur auf Befehl ihrer Obern den Plattnier mißhandelt hatten, ebenfalls freigesprochen wurden. Nun ist die Standesehrge gerrettet, der Kriegsminister wird sich der Niederlage des interpellirenden Abgeordneten Lerer freuen und die Offiziere werden neuen Mut erhalten, die Rekruten zu "stimuliren", wie sie das Schlagen mit der flachen Klinge, das Zwicken, Haar-Ausraufen, in die Kniee treten u. s. w. technisch benennen.

Prag, 3. Juli. Bei den heute in den Landbezirken stattgehabten Ergänzungswahlen für die s. g. Declaranten oder diejenigen Abgeordneten, deren Mandat erloschen ist, weil sie den bestehenden Rechtsstand nicht anerkennen, war die Bezeichnung eine sehr lebhafte. Es sind meist Altezeichen gewählt worden, indeß brachten es doch die Jungzeichen und die Verfassungstreuen an einigen Orten zu erheblichen Minoritäten. So weit bis jetzt bekannt, wurden 5 Jungzeichen und 2 Verfassungstreue gewählt. In Kolín blieb die Wahl zwischen Jungzeichen und Altezeichen unentschieden. In Hohenelbe zerstörten sich die Stimmen unter die Kandidaten der drei verschiedenen Parteien.

Paris, 2. Juli. Dem "Kappel" wird folgendes autographirte Birkular mitgetheilt, in welchem Rouher und Konsorten um Abonnenten für ein bonapartistisches Blatt werben:

Mein Herr! Der jetzt auf neuen Grundlagen wieder hergestellte "Ordre" bedarf des Bestandes aller Männer, welche der von ihm vertretenen Sache ergeben sind. Einem Blatte ist aber weit mehr mit einem Abonnement, als mit dem Einzelauf gediengt. Im Vertrauen auf die Sympathie, die Sie bisher der Sache des Appells an das Volk beigelegt haben, eruchen wir Sie daher, sich in die Abonnentenliste des "Ordre" einzuschreiben. Wir wären Ihnen ferner sehr dankbar, wenn Sie sich bei Ihren Freunden für uns verwenden wollten. Genehmigen Sie u. s. w.

E. Rouher.

Die "Union" läßt sich von ihrem Korrespondenten aus Nizza melden, daß seit der Affaire Piccon die italienischen Umtriebe in dieser Stadt sich immer mehr hervorwagen und mit unbegreiflicher Nachdrücklichkeit werden. Der Berichterstatter schreibt:

"Man könnte sich", ruft der Berichterstatter des legitimistischen Blattes entrüstet aus, "nach Italien, unter das Ministerium Minghetti versetzt wähnen! Der Maire, die Adjunkten, die Gemeinderäthe, deren separatistische Geheimnisse für Niemanden ein Geheimniß sind, legen um die Wette ihre italienischen Sympathien und antifranzösischen Meinungen an den Tag. Es ist bekannt, wie anstößig sich der Maire auf dem Banquet Piccon benahm; sein Wort des Todes gegen den Toast des meinidigen Abgeordneten kam über seine Lippen. Die Gemeinderäthe ihrerseits legen sich noch weit geringeren Zwang auf, sondern greifen Frankreich in ihren Reden öffentlich an. Verhängnisvolle Kompromisse stehen für die nächsten Generalratswahlen in Aussicht. Schon werden die Namen von Männern vorgegeschoben, die wegen ihrer im Jahre 1871 erfolgten Annahme des separatistischen Mandats bekannt sind, und von denen versichert wird, sie seien, wenn nicht der unmittelbaren Unterstützung, doch wenigstens der Sympathie der Präfekturverwaltung gewiß. Jedenfalls ist es schon viel zu viel, daß ihre eingewurzelte Lässigkeit den Ruhestörern gegenüber derartige Gerüchte nur austommen läßt."

Der von dem Dreier-Ausschuß dem konstitutionellen Dreizeiger-Ausschuß vorgelegte Gesetzentwurf lautet seinem Wortlaut nach wie folgt:

Art. 1. Der Marshall Mac Mahon wird die Funktionen, mit denen er bekleidet ist, während der ganzen Dauer seiner Gewalt unter dem Titel eines Präsidenten ausüben fortfahren. Art. 2. Die Minister sind allein vor den Kammern individuell und solidarisch verantwortlich. Die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik tritt nur in dem Falle des Hochverrats ein. Art. 3. Die gesetzgebende Gewalt wird von der Deputirtenkammer und dem Senat ausgeübt. Art. 4. Die Deputirtenkammer wird von dem direkten allgemeinen Stimmrecht unter den von dem Wahlgesetz festgesetzten Bedingungen gewählt. Art. 5. Der Senat, welcher die gesetzgebende Gewalt theilt, wird theilsweise vom Präsidenten der Republik, theilsweise durch die Wahl unter Formen und Bedingungen ernannt, welche das Gesetz regelt wird. Art. 6. Der Präsident hat das Recht, die Deputirtenkammer aufzulösen. (Die Unterkommission glaubt, daß der Präsident nicht daran gebunden sein muß, die Ansicht des Senats entgegenzunehmen. Sie hält den endgültigen Besluß für den Dreizeiger-Ausschuß zulässig.) Die Neuwahlen können auf sechs Monate vertagt werden. Art. 7. Nach Ablauf der präsidentialischen Gewalt, aus welcher Ursache sie auch erfolgen mag, werden die Minister die beiden Kammern sofort zusammenberufen. Die beiden Versammlungen werden das thun, was das Wohl des Landes ertheilt. Art. 8. Während der Dauer der Gewalten des Marshalls Mac Mahon kann die Revision der konstitutionellen Gesetze durch den Kongress nur auf den Antrag des Präsidenten der Republik stattfinden.

So dieser Gesetzentwurf, welcher Mac Mahon fast zum unbeschränkten Gebieter Frankreichs macht. Wie gemeldet, wurde der erste Artikel bereits angenommen. Die Erzroyalisten hatten zu demselben ein Amendment gestellt, dem zufolge in dem Artikel die Worte "Präsident der Republik" durch die Worte "Präsident der Regierung" ersetzt werden. Bei der Abstimmung über den Art. 1 sprechen sich die Berichterstatter (Dufaure, Laboulahe, Cézanne, Bacherot und Antonin Le Feuvre-Pontal), die Mitglieder des rechten Zentrums (Paris, Eugen Talon, Lambert de Sainte-Croix, Pradic, Daru de Talhouet, d'Alzalarré) und drei gemäßigte Royalisten (de Kerdel, Bentavon und Ch. Lacombe) im Ganzen 15 Mitglieder, für den Antrag aus. Neun Mitglieder der Rechten und äußersten Rechten stimmten dagegen, nämlich Lucien Brun, Chénelong, Tarteson, Combier, Merveilleux-Duvignaux, de Sugny, de Meaux, de Rességuier. Betreffs der in dieser Sitzung stattgehabten Diskussion ist noch zu bemerken, daß Lucien Brun die Erklärung abgab, die Monarchie sei vollständig möglich, das Land wünsche sie und ziehe sie der Republik vor. Dadurch wird indirekt die Behauptung der "Agentur Savas" widerlegt, der zufolge Graf von Chambord durch diesen Deputirten seinen Anhängern in der Kammer den Befehl habe zutun lassen, das persönliche Septennium Mac Mahons zu votiren.

Paris, 3. Juli. Chambord's Manifest hat folgenden Wortlaut:

Frankreich! Ihr habt das Heil unseres Vaterlandes von einer zeitweiligen Lösung verlangt und ihr scheint im Begriff zu stehen, euch in neue Wagnisse werfen zu wollen. Jede der seit 80 Jahren unvermieden gekommenen Revolutionen war ein schlagender Beweis der monarchischen Gesinnung des Landes. Frankreich bedarf des Königtums. Meine Geburt hat mich zu eurem König gemacht. Ich würde

gegen meine heiligste Pflicht handeln, wenn ich in diesem feierlichen Augenblick nicht eine letzte Kraftanstrengung machen würde, um die Schranken von Vorurtheilen niederzureißen, welche mich noch von euch trennt. Ich kenne alle gegen meine Politik, meine Haltung, meine Worte und Handlungen erhobenen Anklagen. Selbst mein Stillschweigen dient zum Vorwand unaufhörlicher Anschuldigungen. Wenn ich seit langen Monaten geschwiegen habe, so geschah es, weil ich die Aufgabe des berühmten Soldaten, dessen Degen euch beschützt, nicht schwieriger machen wollte. Aber heute, Angesichts so vieler angehäufter Irrtümer, so vieler verbreiterter Lügen, so vieler betrogener ehrlichen Leute, ist das Schweigen nicht mehr erlaubt. Die Ehre zwinge mich zu einem energischen Proteste. Indem ich im letzten Monat Oktober erklärte, daß ich bereit sei, an die Kette unserer Geschichte wieder anzuknüpfen, das erschütterte Gebäude unserer nationalen Größe mit der Unterstützung aller aufrichtigen Aufopferungen ohne Unterschied des Ranges, des Ursprungs und der Partei wieder zu erheben; indem ich befürchtete, daß ich von den seit 30 Jahren ohne Aufsehen in den Händen Alter befundenen offiziellen und Privat-Dokumenten erneuerten Erklärungen nichts zurücknehmen werde, zählte ich auf die sprudelnde Intelligenz unserer Race und auf die Klarheit unserer Sprache. Man stelle sich, als glaube man, daß ich die königliche Gewalt über das Geiste erhebe und daß ich, ich weiß nicht von welchen auf der Willkür und dem Absolutismus begründeten Entwürfen träume. Nein! die christliche und französische Monarchie ist in ihrem Wesen selbst eine gemäßigte Monarchie, welche nichts von jener Regierung zu entleihen hat, welche das goldene Zeitalter versprochen und zu den Abgrund führt. Diese gemäßigte Monarchie verträgt die Existenz von zwei Kammern, von welchen die eine von dem Souverain aus bestimmten Kategorien und die andere von der Nation nach dem von dem Gesetz geregelten Stimmrecht ernannt wird. Wo ist hier der Platz für die Willkür? Am Tage, wo wir, ihr und ich, gemeinschaftlich über die Interessen Frankreichs unterhandeln können, werdet ihr erfahren, wie die Einheit des Volkes und des Königs die französische Monarchie gestaltet hat, während so vieler Jahrhunderte die Berechnungen derselben zu vereiteln, welche nur gegen den König kämpften, um das Volk zu bescriven. Es ist nicht richtig, zu sagen, daß meine Politik nicht in Übereinstimmung mit den Bestrebungen des Landes sei. Ich will eine heilende und starke Regierung; Frankreich wünscht sie nicht weniger wie ich. Sein Interesse führt es zu derselben hin, sein Instinkt fordert sie. Man sucht nach ernstern und dauerhaften Allianzen; alle Welt begreift, daß allein die traditionelle Monarchie sie geben kann. Ich will in den Vertretern der Nation wachsame Hülfssarbeiter für die Prüfung der ihnen unterbreiteten Fragen finden; aber ich will nicht jene fruchtlosen parlamentarischen Kämpfe aus denen der Souverain zu oft makilös und geschwächt hervorhebt; und wenn ich die von allen unsern nationalen Traditionen verdammt Formel Betreifs des Königs, der herrscht und nicht regiert, zurückweise, so fühle ich mich hierin in voller Gemeinschaft mit den Wünschen der ungeheuren Majorität, welche diese Fiktionen nicht begreift und dieser Eiugn milde ist. Franzosen! Ich bin heute bereit, wie ich es gestern war. Das Haus Frankreich hat sich aufrichtig und loyal verührt. Schaut euch mit Vertrauen hinter es. Beendeu wir unsere Svalungen, um nur an die Uebel unseres Vaterlandes zu denken. Hat es nicht genug gelitten? Ist es nicht Zeit, ihm mit seinem hundertjährigen Königthum den Wohlstand, die Sicherheit, die Würde, die Größe und jenes Gefüge von fruchtbringenden Freiheiten zu schenken, welche ihr ohne dieses niemals erlangen könnt? Das Werk ist mühsam, aber mit Gottes Hilfe können wir es ausführen. Möge jeder in seinem Gewissen die Verantwortlichkeit der Gegenwart abwägen und an die Strenge der Geschichte denken.

2. Juli 1871. Heinrich.

Nom. 1. Juli. Die Antwort des Papstes auf die Adresse römischer Patrizier, welche wie alljährlich auch diesmal zur Jahresfeier der Thronbesteigung gratulierten, ist, weil sie direkten Bezug auf die jüngsten Ereignisse nimmt, von besonderem Interesse. Hente bringen die klerikalen Blätter den revidirten Wortlaut. Nachdem der heilige Vater den Anwendenden für ihre Glückwünsche gedankt und sich mit David verglichen hatte, dessen Freundschaft Jonathan suchte, obwohl er aus dem königlichen Hause und der Sohn seines Feindes war, fuhr er fort:

"Ich brauche die jüngsten Ereignisse nicht zu erzählen, weil sie jedem bekannt sind. Zwei Demonstrationen habe ich gesehen, die eine bei Tage, die andere in der Nacht. Die bei Tage war freiwillig, unversehen, liebvoll, ländlich; sie rief Leben! Die bei Nacht wälzte sich aus großer Entfernung dem Vatikan entgegen und beschmierte bei ihrem Durchzug die Straßen mit drohenden, brutalen Worten. Es erleuchtete den lamulierte Horden den Weg das blaße Licht einiger Fackeln, aus Buch, Schwert und wer weiß was für höllischen Bestandteilen bereitet; und diese Horde schrie: Tod! Das zeigte genug den großen Unterschied zwischen beiden. Ich habe den folgenden Schluss daraus gezogen. Diejenigen, welche beim Sonnenlichte gerufen haben, riefen Leben — das waren Ausruhe der Liebe. Diejenigen, welche im Dunkel gerufen haben, riefen Tod — das waren Ausruhe des Hasses, Ausruhe gottlosen Wahnsinns. So kommen die Kinder des Lichtes bei Tage, und die Kinder der Finsternis kommen bei Nacht. Was die nächtlichen Schreier wünschen, das wißt Ihr und ich brauche es nicht wiederholen. Während ich nun diese Thatsachen bei mir überlege, ist durch sonderbaren Zufall ein Brief von jenseit der Berge in meine Hände gelangt. (Bei dem "sonderbaren Zufall" mag wohl der Telegraph mitgewirkt haben, welcher die Nachricht von den Vorfällen vom 21. Februar genug "Jenseit der Berge" bekannt gemacht hatte, um einen Brief von dort zum 26. hier anlangen zu lassen.) Der Brief enthält das Anerbieten, mich nebst den Meinen in einem geräumigen Gebäude aufzunehmen, wo ich — wie der Schreiber des Briefes sich ausdrückt — den vielen Gefahren entgehen könnte, die mich in Italien bedrohen. Wenn ich nun statt Eurer diejenigen hier vor mir hätte, welche die beklagenswerten Geschicke Italiens leiten, so würde ich ihnen sagen: „Also Anschlags des Garantiegesetzes hat man jenseit der Berge Verdacht und Furcht, daß der Papst in Italien wenig sicher sei. Liebe Söhne — verlorene Söhne, aber immer noch Söhne —, es sind ungefähr vier Jahre, seit ich freiwillig, und jetzt gezwungen, mich auf den Vatikan befreit habe, als Zeuge der Uebel alter Art, welche Rom bedrängen, diese denkwürdige Stadt, die man wieder unter die Lehrmeister des Irrthums zu bringen trachtet. So lange bin ich abgeblieben, bleibe hier und werde bleiben, bis Gott selbst mit seinem Willen und die Absicht seiner Vorsehung zu erkennen gibt. Und wenn man mir entgegnet, daß noch größere Gefahren mich erwarten, so erwiedere ich: Wußte nicht auch Paulus, als er nach Jerusalem ging, daß Gefahr und Trübsal seiner warteten? Aber dadurch ließ er sich nicht abhalten, er ging hin im Namen des Herrn" u. s. w.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 6. Juli.

— Unsere gestrige Notiz über den Prozeß Dorżewski ist dahin zu berichtigten, daß es sich nicht um das Verschwinden von Kirchengeldder (in der gnesener Konfession) handelt, denn die königliche Staatsanwaltschaft hat diesen Punkt der Anklage wegen mangelnder Beweismittel fallen gelassen, sondern um die Gelder der kath. Waisenanstalt in Gnesen. Die Untersuchung wird wohl aber kein großes Resultat zu Tage fördern, da die als Zeugen vernommenen Geistlichen ein schwaches Gedächtniß haben sollen und sich auf die Hauptpunkte nicht recht besinnen können.

— Zu der von uns bereits besprochenen Verordnung des hiesigen Provinzialkollegiums über die Unterrichtssprache bemerkte die "Wörth. Allg. Blz." an erster Stelle folgendes:

Die Absicht der Verordnung geht dahin, den Unterricht in den

Seminarien vergestalt zu regeln, daß in katholischen Seminarien die auszubildenden jungen Leute diejenige Fertigkeit in der deutschen Sprache erhalben, welche sie in den Stand setzen kann, eintretenden Falles den Religionsunterricht auch in deutscher Sprache zu ertheilen, während in dem evangelischen Seminarien der Religionsunterricht nach wie vor in der deutschen Sprache ertheilt werden, die polnische Sprache aber Unterrichtsgegenstand bleiben soll.

Die Verfügung erklärt sich von selbst durch die Rücksicht auf die Lehr- und Erziehungsbedürfnisse einer ultraquistischen Bevölkerung und die wegen Erteilung des Religionsunterrichtes und der dabei anzuwendenden Sprache gegebenen Bestimmungen; sie erklärt sich aber auch aus den verchiedenen Bedürfnissen der evangelischen und der katholischen Volksschule, von welchen jene fast ausschließlich von Böblingen bejagt wird, deren Mutter sprach die deutsche ist.

Befriedigt sich aber die Verfügung ganz von selbst aus Rücksicht auf die faktischen Zustände der Provinz und auf die wegen Erteilung des Religionsunterrichts gegebenen Bestimmungen, so hat auch wohl keine bessere Methode zur Vorbildung der katholischen Seminaristen vorgeschrieben werden können, als die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums gethan hat: Unterichtet in der einen und Prüfung in der anderen Sprache. Nur auf diese Weise kann der Beweis gegeben und die Überzeugung gewonnen werden, daß das Erlernte volles und freies Eigentum des Schülers geworden ist. Bei solcher Gemüthheit fällt dann von selbst der Einwand hinweg, welcher gegen die Wahl einer andern, als der Muttersprache zum Religionsunterricht erhoben worden ist, zumal derjenige Theil des Religionsunterrichts, welcher sich auf die Bewegung und Läuterung des Geistelbels bezieht, ohnehin der Muttersprache vorbehalten bleibt.

Andererseits wird die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums keinen Vorwand zur Unterdrückung des polnischen Idioms hergeben können, da dieselbe den katholischen Seminaristen die Aufgabe stellt, das Denken und Sprechen in beiden Sprachen zu gleicher Fertigkeit zu bringen, während den evangel. Seminaristen das Polnische als Unterrichtsgegenstand vorgeschrieben ist und denjenigen, welche sich das Polnische vollständig aneignen, noch besondere Benefizien zugesichert werden find.

Nur diejenigen, welche um der Agitation willen besessen sind, polnisch und katholisch zu identifizieren, welche die polnische Nationalität als politischen Begriff mit allen aus demselben abstießenden Konsequenzen zu pflegen bedacht sind — nicht zum Nutzen der polnischen Bevölkerung i. d. Provinz Posen — werden ihrem Missvergnügen keinen Zwang anlegen.

Aber die Seiten sind längst vorüber, in welchen eine deutsche Regierung über ihre nationalen Pflichten im Unklaren hätte sein können. Und wenn die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums die polnisch-klerikale Agitationspolitik wider sich aufsetzt, so wird das ein Beweis dafür sein, daß die Regierung auf dem besten Wege ist, um die Provinz Posen in den entsprechenden politischen und sozialen Zusammenhang mit dem Staats-Ganzen zu bringen.

Je energischer sie auf diesem Wege forschreitet, um so rascher wird sie dazu gelangen, den Frieden in die Gemüther zurückzubringen und die neue Generation vor den Lockungen einer stets mit so vielen Trübsalen begleiteten Verführung zu bewahren.

— Noch ist Polen nicht verloren! Unter dieser Aufschrift bringt der "Biarus" einen Artikel, in welchem er auf die Angriffe der ultramontanen Blätter wegen seiner Forderung, daß die Polen endlich mit der für sie verhängnisvollen römischen Politik brechen, rezipiert. Vor allem wendet er sich gegen die Behauptung, daß Polens Heil mit dem der Kirche untrennlich verbunden, daß mit dem Fall der Kirche auch der Niedergang der polnischen Nationalität besiegt sei. „Die polnische Sache — sagt das polnische Blatt — steht nach Außen auf zu schwachen Füßen, als daß sie der Sache der Kirche eine erfolgreiche Unterstützung könnte angedeihen lassen, andererseits kümmert sich die Kirche viel zu wenig um die Nationalität, als daß die polnische Sache auf eine Hilfe ihrerseits rechnen könnte. Es sind auch nur unsere Kirchenpolitiker, die da rufen, daß die Kirche und die Nationalität eins sind; im Allgemeinen erkennt ja die Kirche gar nicht das Prinzip der Nationalität an, denn die Kirche ist eine allgemeine, sie ist die religiöse Mutter fast aller Nationen: der Franzosen, Deutschen, Spanier und selbst der belehrten Türken. Sie will alle zum ewigen Heil führen, zu einem glückseligen Leben in jener Welt; hier auf dieser Welt muß jede Nation sich ihren irdischen Unterhalt durch eigene Arbeit und ihre politische Existenz durch eigene Politik verschaffen. Vieles Illusionen haben wir uns bereits gegeben, wir sehen unser Vertrauen nicht mehr auf Konspirationen, wir zählen nicht mehr auf Türken und Franzosen. Um vollständig selbstständig dastehen zu müssen, müssen wir auch die letzte Illusion los werden, daß die Kirchenpolitik uns retten wird, daß der Triumph der Kirche auch der Triumph unserer Nationalität sein wird. Wir wiederholen es noch einmal: die Kirche kümmert sich garnicht um die Nationalität, es sei denn, wenn es ihr gerade gelegen kommt. Niemals werden wir mit größerem Rechte rufen können: noch ist Polen nicht verloren, als in dem Augenblick, wo wir im Ernst jene war angenehme aber trügerische Illusion aufgeben, die uns in der Kirchenpolitik das Heil zu suchen gebietet. So ist es, als Polen und nicht als Bekennner der katholischen Religion fühlen wir uns als Theilnehmer an der polnischen Sache... Wir kennen keinen passenderen Augenblick als den jetzigen, um mit aller Energie die seit Jahrhunderten vernachlässigte Arbeit aufzunehmen, denn unserer Ansicht nach wird die Stütze, auf welcher das Polenthum sich künstlich hielt, in Bälde ihre Last abschütteln müssen!“

— Weichsel-Überfahrt. Der "St.-Anz." veröffentlicht den Tarif, nach welchem das Fährgeld für die Überfahrt über die Weichsel bei der Fähranstalt zu Tordön im Kreise Bromberg des Regierungsbezirks Bromberg zu erheben ist.

r. Der deutsche Kaufmännische Verein hatte gestern auf dem freien Platz hinter dem Bibliotheksaal sein erstes diesjährige Sommerfest veranstaltet, das bei dem günstigen Wetter sehr zahlreich besucht war. Das Programm war das bei solchen Festlichkeiten üblich: Konzert, gesellige Spiele, Tanz und nach Eintritt der Dunkelheit ein Feuerwerk.

r. Im Landwehrverein fand gestern an Stelle des verlegten Sitzungsfestes eine gesellige Zusammensetzung im Landwehr-Garten statt. Das Konzert lieferte die Kapelle des 5. Gren.-Regts. Das Sitzungsfest des Vereins soll gleichzeitig mit dem Anfangs-August stattfindenden Provinzial-Landwehrfest abgehalten werden. Eine größere Anzahl von Mitgliedern des hiesigen Landwehrvereins nahm gestern Theil an dem Fahnenweihfest des Landwehrvereins zu Samter.

r. Das hiesige Landwehr-Offizierkorps nahm gestern einen Ausflug an den Górla-See. Die Abfahrt nach Moschin fand Vormittags um 12 Uhr statt, die Rückfahrt mit dem letzten Buge Abends. Am See war für Speisen und Getränke in ausreichendem Maße gesorgt worden.

r. Der Beamten-Spar- und Hilfsklassenverein hatte auf den 2. d. Wiss. eine dritte Generalversammlung anberauert, behufs Durchführung mehrfacher Änderungen in der Handhabung der Geschäfte des Vereins. Dieselbe mußte aber vertagt werden, weil der Besuch ein schwächer war.

r. Die Leiche des ertrunkenen Poerdens ist, ganz nahe an der Stelle wo das Unglück passierte, gefunden worden.

r. Verhaftet wurde ein verdächtiges Individuum, welches in einer Restauration am Sappeplatz mehrere mutmaßlich auf dem



